

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Geschäftsstelle wöchentlich am Samstag.
Beungspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungssicht.

für den Inhalt verantwortlich: Paul Haase
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Röderstraße 16 b II
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 8803.

Anzeigengebühr
für die schriftgeprägte Kolonie 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Ein Triumph Moskaus!

Die französische sozialistische Partei wurde in Tours gespalten. Sieg! hieß es darob durch die kommunistische Presse. Auf dem Gewerkschaftskongress zu Villefranche revolutionäre Pissienschüsse, Proletariat gegen Proletariat. Die Bourgeoisie Frankreichs jauchzt vor Freude aus vollem Herzen, sie braucht nicht einmal auf dem Posten zu sein, das Proletariat ringt sich von selbst zu Boden. Den deutschen Arbeitern werden von kommunistischer Seite große Meldungen unterbreitet von gewaltigen Siegen des Kommunismus in Frankreich. Leider sind es nur Siege gegen das Proletariat, aber niemals gegen die Bourgeoisie. Neue Jubelfansen erklingen. Der französische Metallarbeiter-Verband hat auf seinem Verbandstag in Ville eine Resolution angenommen, die den Austritt aus der Amsterdamer Internationale fordert. Mit 113 gegen 112, bei 2 Stimmenenthalten, erfolgte die Annahme. Bezeichnenderweise wird der Anschluss an die Rote Moskauer Gewerkschaftsinternationale nicht gefordert. Dies ist aus dem Umstand zu erklären, daß die Radikalen mit syndikalistischen Tendenzen gesiegelt haben, die ja schon immer in Frankreich eine größere Rolle spielten. Dies geht auch aus dem geforderten „Antimilitarismus und Antipatriotismus“. Schlagworte aus dem syndikalistischen Arsenal, die die Resolution enthalten, hervor. Es ist eine feststehende Tatsache, daß der Syndikalismus mit dem Kommunismus, das heißt dem Moskauer Parteiokommunismus auch nicht das allermindeste gemein hat. Doch die Freude der deutschen Kommunisten ist außerordentlich groß. Triumphpartikel erscheinen und fettgedruckte Notizen jagen durch die Presse. Diese Resolution kann eigentlich nur als eine Abjage an den Moskauer Übercentralismus gedeutet werden. Doch es ist gleich, es wird triumphiert, weil aus der Amsterdamer Internationale eine Organisation austritt und weil dadurch eine Union der größte Beschränktheit, der Kollege Merheim, Vorsitzender des französischen Metallarbeiter-Verbandes, zu Fall gebracht wurde.

Merheim war 15 Jahre Vorsitzender des französischen Metallarbeiterverbandes. In schwieriger Arbeit hatte er den Verband zur Höhe gebracht. Es ist zu beachten, daß die französische Gewerkschaftsbewegung sehr stark mit syndikalistischen Tendenzen durchsetzt war. Mangelnder Zusammenschluß in den Föderationen verursachte ein Auseinandersetzen der Mitgliedschaften bei den wichtigsten Anlässen. Nach jeder unglücklichen Aktion mußte die Organisation vollständig neu aufgebaut werden. Dem Kollegen Merheim war es nach Überwindung großer Schwierigkeiten gelungen, den Gedanken der Zentralorganisation zur Durchführung zu bringen. Die Gewerkschaftsbewegung Frankreichs gefundene und versprach ein kraftvolles Machtkonstrukt zu werden, bis die kommunistischen Zellenbauer auf dem Plan erschienen, die mit ihren funkelnden neuen Theorien die Welt beglückten wollten. Paris, wo Blanquie Seide (spanisch), wo Proudhon zu Macht und Ansehen gelangen konnte; das nervöse, leichtlebige Frankreich, wo Bakunin Triumph feierte, war der Boden, auf dem die mittleren Theorien Moskaus üppig in die Palme schießen konnten. So wußten die Syndikalisten und die Kommunisten gegen Merheim. Die Syndikalisten aus Prinzip, die Kommunisten auf Geheiß ihrer Zentrale, jene, weil sie ihn hielten als Centralisten, diese, weil er mit Überzeugung für die Amsterdamer Internationale eintrat. Theoretisch haben beide Richtungen nichts gemein, nur im Zusammenwirken haben sie Merheim gestützt. Demnach wirkt der Jubel Moskaus lächerlich.

In einer anderen Beziehung müssen wir noch Merheims gedenken. Während des Weltkrieges versuchten Sozialisten, die zerstörten internationales Bande des Proletariats wieder zu knüpfen. Merheim stand in Frankreich in scharfer Opposition gegen die Kriegstreiber aller Couleur. Auf der Konferenz in Kielhau und Zimmerwald vertrat er die revolutionären Sozialisten Frankreichs. Ein wesentlicher Erfolg war ihm bei dem französischen Volke nicht beschieden, Patriotismus und Kriegsbegeisterung rissen wie alleinmärkte proletarisches Denken und Fühlen in den Strudel. Als Frankreich siegreich im Weltkrieg wurde, liegen die nationalen Wogen bedenklich hoch und drohten die geleistete Arbeit zu vernichten. Die Launen der siegreichen Bourgeoisie sprangen auf die Arbeitermassen über, rissen alles in den Siegestaumel und unter solchen Verhältnissen war es besonders schwer, Arbeit für das internationale Proletariat zu leisten. Unermüdlich hat Merheim weitergearbeitet, bis er von den Moskauern als Anhänger Amsterdams in Acht und Baum getan wurde. Viele von denen, die ihn heute verleumden und begeifern, waren zu jener Zeit in der er unermüdlich für Frieden und Bölfverständigung wirkte, die armelastischen Nationalisten und Patrioten. Ihnen steht es natürlich heute ganz besonders gut, sich über den „Verräter und Opportunisten, der in Frankreich die Weltrevolution nicht machen wollte“, zu entrüstet. Eine Erscheinung, die übrigens überall zu beobachten ist.

Einen Fehler beging Merheim im Vorjahr. Kunstlich war eine revolutionäre Stimmung erzeugt worden, die im Eisenbahnerkreis den Anfang nahm und in der Forderung nach Sozialisierung gipfelte. Merheim rief die Metallarbeiter zur Unterstützung der Forderungen zum Generalstreik auf. Schon bei den geringsten Regierungsmäßigkeiten brachen die revolutionären Massen zusammen, ließen die Führer mit der revolutionären Parole aufziehen und ließen in die Betriebe. Merheim hatte das revolutionäre Getue der Moskauer für bare Münze hingenommen. Unter dem Druck der Regierung wurde der Metallarbeiter-Verband ziemlich dezimiert. Von nahezu 400000 Mitgliedern verblieben 80000 dem Verband. Auf dieser geschwächten Organisation hat nun Moskau mit einer Stimme Majorität sein Bauer gehabt. Noch mehrere solcher Siege und das Proletariat hat zu Ende gesiegt.

Ich hab' erreicht das Ziel des Strebens...

Sch hab' erreicht das Ziel des Strebens
Und senk' das Haupt in dem Erkennen:
Wie wertlos alles Gut des Lebens,
wie ärmerlich, was wir Glück benennen.
Das Ringen ist's, das dich beglückt,
Erfolg schon hat den Kranz zerrissen,
so wie das Forschen nur entzückt
und nimmermehr das volle Wissen.

Nur, was noch aussieht zu gewinnen,
nur, was im Leben wir verloren,
erscheint groß vor unsrer Sinne;
zufrieden sind allein die Toren.
Doch wer erlernt, des Lebens Preis
zu werten als ein eitles Nichts,
der fürchtet auch kein Ziel der Reise
und keine Tage des Gerichts.

Ludwig Angerer.

Aufgaben des Verbandstages

2. Scheler (Mieberhausen).

Die große Zahl der zum 2. Punkt der Tagesordnung gestellten Anträge läßt heute schon mit Sicherheit vermuten, daß eine oder zwei der wichtigsten Fragen als besondere Punkte behandelt werden, liegen doch auch hierzu schon positive Anträge vor. Da dem Beitrag des Nr. 29 B.-B. wurde schon auf die Sozialisierungfrage, die Lehrlingsfrage und das Arbeitslosenproblem hingewiesen als die wichtigsten Teile und wie fügen hinzug Stellung. Dem Übereinstimmung über die Lösung dieser Probleme herrscht nicht innerhalb der Mitgliederkreise. Nicht nur, weil diese Fragen so sehr schwer zu lösen sind, denn außer dem guten Willen gehören noch eine Menge anderer, von uns nicht erfüllbarer Voraussetzungen dazu, was leider noch nicht genügend erkannt wird. Und doch muß der Verbandstag auf das ernsthafte sich bemühen, wenigstens die Wege zu zeigen, die die Funktionäre zur Erreichung der Eingangsziele zu gehen haben.

Weiter: wir gerade einmal bei den genannten drei Fragen und betrachten wir uns die dazu gestellten Anträge, so finden wir bald, wie später er hält, nur einmal Klarheit zu bekommen über das, was aus der Debatte als Gesamtziel der Organisation herausgeschält werden soll. Wenn dies muß die Aufgabe des Verbandstages sein: aus der Sülle der gestellten Anträge und aus den Ausführungen der Debatterebeder das herauszustellen, was den organisierten Metallarbeitern und darüber hinaus den Arbeitern überhaupt möglich ist in materieller und ideeller Weise.

Der A.D.G.B. hat schon in seinen 10 Punkten über das betont, was unter den gegebenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in der Arbeitslosenfrage geschehen kann. Es ist in der Tat schon Positives geschehen und die Annahme der Arbeitslosengesetz in Deutschland ist nicht zuletzt auf die Tätigkeit unserer Vertreter im A.D.G.B. und im Reichstag zurückzuführen. Wer sich jedoch einbildet, das Arbeitslosenproblem lösen zu können, ohne gleichzeitig die kapitalistische Wirtschaft durch eine planmäßige Bedarfswirtschaft erleichtern zu haben, der gibt sich einer gefährlichen Täuschung hin. Keiner Sozialist und auch jeder Gewerkschafter muß wissen, daß der Kapitalismus ohne eine industrielle Reservearmee nicht existieren kann, die freilich in Krisenzeiten, die wiederum bedingt sind in der kapitalistischen Wirtschaft, größer wird und in Zeiten guter Konjunktur wieder abnimmt. Der Verbandstag wird sich daher auf die Annahme beziehen, Unterscheidung der 10 Punkte beschließen müssen, wie es ja auch der Antrag Leipzig will. Er kann eventuell noch den Mannheimer Antrag annehmen, der die örtliche Initiative unserer Gemeindevertreter verlangt zur Gründung von Selbsthilfeln, wie dies in vielen Städten schon mit Erfolg geschehen ist bei der Förderung des Wohnungsbaus nach dem Plan des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes.

In engem Zusammenhang mit der Arbeitslosenfrage steht die Sozialisierung. Es ist auffallend, daß zu diesem Punkt nur zwei bzw. drei Anträge gestellt wurden, wenn man in Betracht zieht, welche heftigen Debatten hierüber in den verschlossenen zwei Jahren stattfanden. Die Anträge Leipzig und Pleßenberg verlangen vom Vorstand, daß er in Verbindung mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund alles ausübt zur Sozialisierung der Schulen und Eisenwirtschaft, der Kraftquellen usw. Richtig wäre freilich gewesen, wenn die Antragsteller auch gleich Stellung dazu genommen hätten, welche Art der Sozialisierung sie meinen, denn gerade darüber bestehen die meisten Differenzen. Ein Dutzend Sozialisierungsvorschläge kann man herunterschreiben, ohne sie damit alle genannt zu haben. Wir nehmen einmal an, es sei der Vorschlag I der Sozialisierungskommission des Reichstags gemeint, dem auch wir unsere Zustimmung geben würden. Allein es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß es über diesen Vorschlag zu heftigen Auseinandersetzungen kommen wird, wenn der Punkt auf die Tagesordnung kommt. Denn die Kollegen aus den Kreisen der B.P.P.D. werden ihn als „opportunistisch“ beklagen. Die B.P.P.D. lehnt überhaupt die Forderung der Sozialisierung ab, da ihrer Meinung nach die kommunistische Wirtschaft nach Erreichung der politischen Macht erreicht wird, wobei man sich bei Eiselpartienten nicht aufzuhalten braucht. Wir sind jedoch der Meinung, daß wir auf dem Wege die sozialistische Bedarfswirtschaft erreicht haben, daß man bei der Rohstoffserzeugung anfangt und so nach und nach, je nach der Stärke der Industrie und der in ihr tätigen Arbeiter- und Angestelltenzahl die Betriebe sozialisiert, d. h. vergesellschaftet. Wenn wir uns nicht täuschen, bewegt sich der Antrag Wünsten auch in dieser Richtung, denn die hier verlangte „Abteilung zur Förderung des wirtschaftlichen Sozialismus“ (ein etwas unklarer Begriff. D. B.) könnte ja vorläufig nichts anderes tun, als die wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen der Sozialisierung drüben, die geistige Weise der Arbeit und Angestellten befähigen durch entsprechende Bildungseinrichtungen, um dann im gegebenen Moment mit pros-

tischen Forderungen an den Gesamtverband heranzutreten. Ober solltes die 10 Millionen etwa zur Errichtung sozialisierter Betriebe gedacht sein. Dies wäre mehr als utopisch und würde auch voraussichtlich keine Mehrheit auf dem Verbandstag finden.

Doch die Erkenntnis von den fehlenden gesetzlichen Voraussetzungen zur Durchführung der Sozialisierung immer mehr um sich greift, beweisen die zahlreichen Anträge, die sich mit der Durchbildung der Betriebsräte beschäftigen. Schreibt dieses Aufsatzes wie schon in zwei Aufsätzen der Nr. 23 und 24 des B.-B. vom Jahre 1919 auf diese Dinge hin. Was dort gesagt wurde, gilt heute erst recht, da wir nun eine 1½-jährige Praxis der Betriebsräte hinter uns haben. Es bleibt nun einmal nichts anderes übrig, als in diesem Falle den längeren bez. krummen Weg einzuschlagen und mit zäher Geduld an der Durchbildung der Betriebsräte zu arbeiten, bis sie befähigt sind, an der Gestaltung des Produktionsprozesses mitzuwirken, wozu freilich auch noch etwas anderes gehört, nämlich die Gewinnung der Kaparbeiter ist noch viel größerer Maße, als dies bis heute der Fall ist. Denn ohne die Zusammensetzung der Hand- und Kaparbeiter werden wir überhaupt in der Sozialisierungsfrage nicht weiterkommen. Das hat auch die 14. Generalversammlung in Stuttgart schon richtig erkannt, wie aus den dort gesagten Beschlüssen hervorgeht. Und die heuer gestellten Anträge zum Punkt „Institutionen“ beweisen dies ebenfalls. Ob man freilich mit der Annahme von Resolutionen dieser Sache besonders dienst, sei dahingestellt. Wir sahen ja an der Abstimmung des Verbandes der Kupferschmiede sowie an den Beschlüssen des Maschinen- und Feuerwerkerbandes, daß es hier noch an der nötigen Auflösung der Arbeit selbst fehlt. Es ist nur mangelnde Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeiten, was diese Abstimmungen hervorrief. Der Wille zur Konzentration müßte aus den Mitgliedschaften selbst hervordringen, sonst bleiben alle Resolutionen von oben erfolglos.

Was nun die dritte von uns als bringend bezeichnete Frage angeht, die Lehrlingsfrage, so begründen wir es liebhaft, daß eine so große Zahl von Verwaltungstellen ernsthafte Anträge ausarbeiten, die dem Wohle unserer proletarischen Jugend dienen sollen. Wenn man an die erlöhnliche Entlohnung der Lehrlinge denkt, im Kleinhandwerk wie auch in allen jenen Industrien, wo es nicht gelingt, beim Abschluß der Lohnverträge auch die Entlohnung der Lehrlinge neu zu regeln, so wird man verstehen, daß es vielen Jungen gar nicht möglich ist, auch nur den Beitrag für die 3. Klasse aufzubringen. Die Stellung der Arbeitgeberverbände in dieser Frage ist hinlänglich bekannt. Vergesetzt doch keine Woche, wo nicht ein Punkt der Industrie in ihren Organen „juristisch“ nachgewiesen sucht, daß die Gewerkschaften kein Recht haben, die Lehrlingsverhältnisse zu regeln. Wie lange waren wir schon auf den Abschluß der Verhandlungen der Spitzenverbände? Wie lange waren wir schon auf das neue Jugendschwabegesetz, das wenigstens bis allgemeinen Rechts des Jugendlichen festlegen, die Arbeitigkeit, Rausen, Ferienstage usw. regeln muß?

Wer jedoch praktisch schon versucht hat, für die Lehrlinge etwas zu tun, der weiß, daß es auch vielfach an den Eltern liegt, wenn der Lehrvertrag noch heute so zufriedige Bestimmungen enthält. Die Unterbringung der schulentlassenen Jungen wird von Jahr zu Jahr schwieriger. Niemand will sich nicht mit der Lehrlingsausbildung belassen, wenn er nicht nach Belieben mit den Jungen verfahren darf. Sobald man Bedingungen stellen will, bekommt man die mit einem Achselhaken beklebte Antwort: Es tut mir leid, ich brauche keine Lehrlinge. Und der Vater, der mehrere Kinder hat, stimmt schließlich dem alten Lehrvertrag zu mit allen seinen vorjährlichen Bestimmungen. Da liegt des Rudels Keim in der Lehrlingsfrage: die Unternehmer als die wirtschaftlich Gütiger ruhen die Pflicht der Familienräte zu ihren Gunsten aus und distizieren den Lehrvertrag nach eigenem Belieben. Und eine durchaus zufriedige Regelung gibt ihnen noch ein scheinbares Recht zu ihrem verdammbaren Tun. Die Anträge Külheim a. d. Ruhr und Schwerin müssen daher vor der Generalversammlung angenommen werden, denn ohne gesetzliche Unterlagen werden wir, aus den oben angeführten Gründen, die Lage der Lehrlinge nicht verbessern können. Auch die anderen Anträge zu diesem Punkt, die Agitation und Bildung der Arbeitjugend betreffend, verdienen gernheit lebhafte Unterstützung.

Was nun die Anträge zum Verbandsstatut betrifft, so sind sich wohl alle tätigen Kollegen darüber im klaren, daß es erst jetzt möglich ist, unser Gesetz nach den Bedürfnissen der Zeit zu gestalten, nachdem wir etwas klarer über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse urteilen können, als dies in Stuttgart der Fall war. Dort befand sich alles noch in Gärung, während heute doch so manches, was damals noch heftig umstritten war, bis zu einem gewissen Grade weitestgehend geklärt ist. Die Beiträge und Unterstellungen sind seit der Lohnvertragszeit eingemessen angepaßt gewesen. Und da in der Lohnfrage in absehbarer Zeit keine wesentlichen Veränderungen nach oben oder unten eintreten werden, dürfen wir unser Statut mit alter Stärke nach dem heutigen Stand der Wunde einrichten. Ob wir aber heute schon den Antrag Wölbert annehmen und alle Unterstellungen der §§ 20 und 7 bis 14 streichen können, das möchten wir nicht beurtheilen. Denn solange die Sozialgeflechtung im Reich nicht gründlich reformiert ist, solange dem Kranken und Arbeitslosen nicht soviel Unterstützung von Rechts wegen zu steht, daß er damit auskommen kann, solange können wir unseren Kollegen nicht den kleinen Zusatz entziehen, den sie von uns erhalten. Sohr zweifälig scheint uns aber der Antrag Königswar zu sein, der eine Staffelung des Bezugsalters vorsieht. Auch die Anträge auf Beitragsbefreiung bei Bezug von Unterstützung sind angebracht, da die heutigen Beiträge für den Unterstützungsempfänger einen empfindlichen Schaden bedeuten. Reisefeld und Umzug, sowie Streifunterstützung werden notwendig erhöht werden müssen, da die heutigen Sätze absolut nicht mehr den Verhältnissen entsprechen.

Die vom Vorstand und noch einigen Verwaltungstellen beantragte Erhöhung der Beiträge kann wohl nicht allgemein durchgeführt werden. Sicht man sich die Lohnberichte in den Rundschreiben des Vorstandes einmal an, so findet man eine Reihe von Gegenden und Orten, wo die Kollegen unter 24 Jahren heute schon einen höheren Wochenbeitrag leisten als ihr Stundenlohn beträgt. Diesen Kollegen eine Erhöhung der Beiträge zugunsten, muß als ungerechterhaft bezeichnet werden. Auch schaden wir dem Gedanken des Industrieverbandes, wenn die Beiträge ohne Rücksicht auf die heutigen Beiträge für den Unterstützungsempfänger einen empfindlichen Schaden bedeuten. Reisefeld und Umzug, sowie Streifunterstützung werden notwendig erhöht werden müssen, da die heutigen Sätze absolut nicht mehr den Verhältnissen entsprechen.

Die vom Vorstand und noch einigen Verwaltungstellen beantragte Erhöhung der Beiträge kann wohl nicht allgemein durchgeführt werden. Sicht man sich die Lohnberichte in den Rundschreiben des Vorstandes einmal an, so findet man eine Reihe von Gegenden und Orten, wo die Kollegen unter 24 Jahren heute schon einen höheren Wochenbeitrag leisten als ihr Stundenlohn beträgt. Diesen Kollegen eine Erhöhung der Beiträge zugunsten, muß als ungerechterhaft bezeichnet werden. Auch schaden wir dem Gedanken des Industrieverbandes, wenn die Beiträge ohne Rücksicht auf die heutigen Beiträge für den Unterstützungsempfänger einen empfindlichen Schaden bedeuten. Reisefeld und Umzug, sowie Streifunterstützung werden notwendig erhöht werden müssen, da die heutigen Sätze absolut nicht mehr den Verhältnissen entsprechen.

Die vom Vorstand und noch einigen Verwaltungstellen beantragte Erhöhung der Beiträge kann wohl nicht allgemein durchgeführt werden. Sicht man sich die Lohnberichte in den Rundschreiben des Vorstandes einmal an, so findet man eine Reihe von Gegenden und Orten, wo die Kollegen unter 24 Jahren heute schon einen höheren Wochenbeitrag leisten als ihr Stundenlohn beträgt. Diesen Kollegen eine Erhöhung der Beiträge zugunsten, muß als ungerechterhaft bezeichnet werden. Auch schaden wir dem Gedanken des Industrieverbandes, wenn die Beiträge ohne Rücksicht auf die heutigen Beiträge für den Unterstützungsempfänger einen empfindlichen Schaden bedeuten. Reisefeld und Umzug, sowie Streifunterstützung werden notwendig erhöht werden müssen, da die heutigen Sätze absolut nicht mehr den Verhältnissen entsprechen.

Eine lehrreiche Parallele

Von Gustav Grune (Magdeburg)

Bei den Kundsändereihungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung hat es sich meistens um die Frage des eingeschlagenen oder eingeschlagenen Weges, um die verschiedene Beurteilung der zu besagenden Taktik gehandelt. Auch heute sind die Meinungsverschiedenheiten darüber noch lange nicht aus der Welt geschafft, im Gegenteil, jede Gewerkschaftsverantwortung, soweit sie sich nicht gerade mit rein organisatorischen Fragen beschäftigt hat, zeigt und, wie die mannigfachen Probleme noch einer eingehenden Erörterung bedürfen, ehe sie sich überhaupt zu einem einigermaßen stabilen Bild formen lassen. Aber dennoch hat sich im Laufe der Zeit mehr und mehr der ganze Komplex von Fragen zu einem Streit angestaut, der mehr schon ein Kampf um Welten schaukeln als um faktische Meinungsverschiedenheiten zu sein scheint. Das tritt insbesondere jetzt sehr stark in die Erscheinung.

Es sind gar viele, die mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung nicht zufrieden sind, und, ohne die wirtschaftlichen Verhältnisse dabei zu berücksichtigen, kommt wieder ein Teil der Unzufriedenen her und schreibt alle Schuld daran den leitenden Personen zu. Das ist vollkommen unmöglich, auch dann, wenn die Kritiker sich mit einem oder mehreren Parteien beschäftigen, um ihren Vorlieben größeren Nachdruck zu verleihen. Wohl mag es richtig sein, daß das Wirken mancher in der Arbeiterbewegung tätigen Personen der Sache hinderlich gewesen ist, aber noch ist daraus aber zu schließen, daß nur die "Führer" an allem schuld sind, längt mehr als Verantwortungslosigkeit wie nach wirklicher Elternlosigkeit.

Karl Marx hat den Gewerkschaften die Aufgabe zugewiesen, daß sie nicht nur die Führung der notwendigen täglichen Kämpfe um die Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit zu übernehmen haben, sondern auch zu "Punkten der Organisation für die Arbeiterschaft", zu einem Instrument des Klassenkampfes werden müssen. Diese vollkommen zutreffende und auch von uns gezielte Auffassung von der gewerkschaftlichen Existenzfeind bietet den unentwegen Klassenkämpfern der Gegenwart Material genug, um alles zu verdammen, was nicht in ihrem Kreis steht. Ein Beweis dafür, daß selbst der Begriff des Klassenkampfes ein ziemlich heimzutretender Begriff ist. Während die einen der beiderlei Meinung sind, daß unter dem Begriff Klassenkampf zu verstehen ist ein beständig zähes Kämpfen um die Interessen einer bestimmten Klasse, daß die Mittel des Kampfes bedingt werden von den jeweiligen Verhältnissen, das es wohl ein Auf und Ab, aber niemals ein Aufgeben der Kämpfe geben kann, sehen die anderen schon eine Aufgabe des Klassenkampfgegners darin, wenn die Gewerkschaften die nur sehr bedingten Wert beschaffenden gesetzlichen Einrichtungen zur Wahrnehmung ihrer Interessen ihrer Mitglieder auszuwählen, ohne in jedem Fall und auf jede Provokation des Unternehmertums mit einer größeren "Aktion" zu antworten.

Es soll nun wahrscheinlich nicht unsere Aufgabe sein, auch noch über den Begriff "Aktion" einen Streit zu entfachen, doch eine Parallele zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart mag zeigen, daß auch die Gewerkschaften in für sie ungünstigen Situationen im Sinne des proletarischen Klassenkampfes tätig sein können, wenn sie sich nur darauf einstellen und nicht Illusionen nachjagen, die in Arbeitervorstellungen entstanden sind.

Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Gewerkschaften sich in ihrem Wirken jetzt enthalten kannten als vorher, war es ihnen bei beschiedenen Mitteln und bei noch verhältnismäßig schwächer Klassenkampf vergönnt, in ihren Kämpfen gegen das noch unorganisierte Unternehmertum ganz ansehnliche Erfolge zu erzielen. Über das ging nun zu einer bestimmten Zeit Garboldi erkannte auch das Unternehmertum, daß es noch Mittel hatte, um sich das Ansehen der Gewerkschaften zu entziehen. Die Kartelle, Syndikate oder wie sonst die Unternehmerverbände heißen, wurden gegründet mit dem Zweck, die Profitrate des Unternehmers zu begrenzen oder doch wenigstens auf der Höhe zu halten. Anderswo waren aber auch sehr an der Rücksichthaltung der Arbeiter gelegen. Und doch die Unternehmer mit ihren Organisationen der gewerkschaftlichen Bürgemeinde sehr große Schwierigkeiten bereitet haben, wird niemand bestreiten, der schon in der Vorläufigkeit in der gewerkschaftlichen Bewegung stand. Die Gewerkschaften haben ihr Bestes zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung darangesetzt, aber, obwohl der nominelle Lohn eine nicht unerhebliche Steigerung erfuhr, konnte er doch schon damals mit der Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts nicht Schritt halten. So mußte es kommen, daß sich in den Gewerkschaften aus der Erfahrung der täglichen Kämpfe eine ganz bestimmt heimzubildende und die Gewerkschaften von dem Erfolg der Syndikate und Kartelle auf die Arbeitsbedingungen immer mehr bestreite. Auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband beschäftigte sich auf seiner Breslauer Generalversammlung im Jahre 1913 mit dieser Frage und kein Sprecher als der Berichterstatter Kossatzky vom Verbandsvorstand war es, der darauf hinsah, daß es in den Kartellierten Industrien unter Umständen selbst durch eine sehr gute Organisation nicht möglich sei, auf die Wege des Streiks etwas zu erreichen". Die Unternehmer verstanden es eben, durch die Kontrollierung der Produktion und durch das faste Solidarische Zusammenholten einen Wall gegen die Gewerkschaften zu schaffen. Beide Organisationen standen sich stark gegenüber. Und da die Unternehmer nicht zögerten, jeden Einzelkämpfer der Gewerkschaften mit einem Gegenangriff einer breiteren Front mit opaen kraft ausgedehnten Aussperrungen zu konfrontieren, waren die Arbeiter immer nicht geneigt, ihm Lust nach der Gegenwehr einzuspielen.

Die Gewerkschaften wurden so in eine für sie sehr unangenehme Situation gedrängt und August Winnig fuß auf Fuß im Anfang an der Seite des Geschäftsführers im Jahre 1913 verhandelt, in der Stunde Zeit über den Metallarbeiter-Schwind als zu jettieren:

Auf der einen Seite warum er unausgesetzt jede Gelegenheit nutzte, um die Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder verschärft zu bringen, auf der anderen Seite wußte er wegen der Erfahrung, seine weiteren Aktionsräume einzubüßen, immer wieder bestrebt hin, einen großen Raum am Markt zu vermeiden. Er mußte sich zurückziehen, verzwecken, um mit seiner Macht speziellen und manchen, die Möglichkeit eines Kampfs demütigen und er kann doch bestrebt sein, einem großen Zusammenschluß auszuweichen, um die Taktik der Klassenbildung und der Bedrohung immer wieder anzunehmen und fortzuführen.

Was jetzt die Stärke der Gewerkschaften nicht ist, um die kleinen Gegner, die Kleinbetriebe, im eigenen Straßensektor zu bekämpfen und zu vernichten, auch nicht, ja fasten und trennen aus den Kampfhandlungen der ausgewachsene und gesetzliche Stärke einzutreten, aber je werden würden, werden jünger und jüngere und jüngste werden, um mit jünger zu treten."

So Winnig, mit dem ganz klasse (nicht bösartig) sehr wenige Arbeiter in jahrlang Spannung gleichzeitig fortwährt, aber was er 1913 über die Gewerkschaften zum Ausdruck brachte, trifft der Ring auf den Kopf. Die Gewerkschaften sahnen eine Linie der Klassenbildung treiben, zwischen Arbeiter und Kapitalist den Kampfgeist der Massen kämpfen in der Hoffnung, bald zu einer günstigeren Position zu kommen, um dann freier und stärker schreiten zu können. Der Klassenkampf jedoch war lebendig, ohne jede Art Abschreckung finden zu können.

Doch nun trotz dieser Erfahrungen bei zuletztem Erfolglosen der Gewerkschaften nach ihrer im März 1914 mit den Stützen des Unternehmens inneren Heften, stürzte diese lebendigen Gewerkschaften sogar im letzten Schlagabtausch bei Fall der Arbeiterschaft erheblich, wird für immer ein unvergessliches Kapitel sein.

Gestern lebten die Gewerkschaften in mehr als einer Sicht in einer äußerlichen Sichtweise wie vor dem Krieg. Zu leicht, die die Arbeiterschaft nach der Revolution keine habe, in der ganz größten Zahl wieder genommen. Durch meine Erfahrung, aus der unerwarteten Kriegen, also die Erfahrung, daß dem so ist, kann nicht bestreit werden. Das Unternehmertum hat es im Laufe mit der Bevölkerung verbündet, sich eine alte Politik wieder zu erneuern. Wahrend diese

auch noch horrende Revolutionsgewinne einholen konnten und auch jetzt noch fast märchenhafte Dividenden schluden, droht die Arbeiterschaft und mit ihr welche Schichten des früheren sogenannten Mittelstandes zu verlorenen. Ihre Begüte an Lohn und Gehalt, die wohl auch Aufbesserungen erfahren haben, stehen in gar keinem Verhältnis zu den Unternehmertagskästen.

Während dieselbe dorbende Arbeiterschaft, statt ihre Meinungsverschiedenheiten in sachlicher, wenn auch lebenssinnlicher Weise zum Ausdruck zu bringen, sich in den schmutzigen, unflätigsten Beschwörungen gegenseitig ihre Kräfte zerstört, ja selbst Klassengenossen untereinander mit geroddtäglichen Mitteln bekämpfen, gehen die Gesetzmacher der Bourgeoisie, unterstützt von einer — leider weitverbreiteten, willfähigen Presse, daran, um auch noch die letzten Freiheiten und Rechte der Proletarier in Banden zu schlagen und neue, nicht zu umgehende Gesetze so zu gestalten, daß sie wohl beim Namen noch für die Arbeiterschaft von Vorteil sind, in Wirklichkeit aber die Maschen des Fangnetzes noch enger ziehen, als sie sowieso schon sind.

Und all dem müssen die Arbeiterschaften, müssen insbesondere die Gewerkschaften, die doch an der Erhöhung der Lebenslage ihrer Mitglieder, an der Gestaltung der Steuer- und sozialpolitischen Gesetze das größte Interesse haben, zuschauen. Sie können nicht so auf den Plan treten, wie sie es möchten, um den Übermut eines provozierenden Unternehmertums in die Schranken zu weisen und ein Vorstoß zu bieben. Sie müssen "lautieren", demonstrieren und entscheidende Kämpfe im jetzigen Augenblick nach Möglichkeit zu umgehen suchen in der Hoffnung, daß auch einmal wieder die gerade jetzt am drübenheren sich bemerkbar machende Krise im Wirtschaftsleben etwas gemildert wird, um dann mit erneuter Energie das unfreiwillige Versäumte nachzuholen. Zeigt reicht ihre Kraft nicht aus, ihre Aktivität ist eingengt, sie sind genau so in die Desensivie gedrängt wie vor dem Kriege.

Und doch i. die Situation eine andere!

Ging es vor dem Kriege hauptsächlich darum, den Arbeitern durch höhere Löhne und längere Arbeitszeit eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu verschaffen, so sind die heutigen Verhältnisse mit der Ausschließung und Durchsetzung solcher Forderungen nicht mehr zu beginnen. Der Kampf für jetzt und in der Zukunft wird sich hauptsächlich auf die Umgestaltung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische Verarbeitungsbedingungen mit der Ausschließung und Durchsetzung solcher Forderungen nicht mehr zu beziehen. Ein beständig zähes Kämpfen um die Interessen einer bestimmten Klasse, daß die Mittel des Kampfes bedingt werden von den jeweiligen Verhältnissen, das es wohl ein Auf und Ab, aber niemals ein Aufgeben der Kämpfe geben kann, seien die anderen schon eine Aufgabe des Klassenkampfgegners darin, wenn die Gewerkschaften die nur sehr bedingten Wert beschaffenden gesetzlichen Einrichtungen zur Wahrnehmung ihrer Interessen ihrer Mitglieder auszuwählen, ohne in jedem Fall und auf jede Provokation des Unternehmertums mit einer größeren "Aktion" zu antworten.

Es soll nun wahrscheinlich nicht unsere Aufgabe sein, auch noch

über den Begriff "Aktion" einen Streit zu entfachen, doch eine Parallele

zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart mag zeigen, daß auch die Gewerkschaften in für sie ungünstigen Situationen im Sinne des proletarischen Klassenkampfes tätig sein können, wenn sie sich nur darauf einstellen und nicht Illusionen nachjagen, die in Arbeitervorstellungen entstanden sind.

Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Gewerkschaften sich

in ihrem Wirken jetzt enthalten kannten als vorher, war es ihnen bei beschiedenen Mitteln und bei noch verhältnismäßig schwächer Klassenkampf vergönnt, in ihren Kämpfen gegen das noch unorganisierte Unternehmertum ganz ansehnliche Erfolge zu erzielen. Über das ging nun zu einer bestimmten Zeit Garboldi erkannte auch das Unternehmertum, daß es noch Mittel hatte, um sich das Ansehen der Gewerkschaften zu entziehen. Die Kartelle, Syndikate oder wie sonst die Unternehmerverbände heißen, wurden gegründet mit dem Zweck, die Profitrate des Unternehmers zu begrenzen oder doch wenigstens auf der Höhe zu halten. Anderswo waren aber auch sehr an der Rücksichthaltung der Arbeiter gelegen. Und doch die Unternehmer mit ihren Organisationen der gewerkschaftlichen Bürgemeinde sehr große Schwierigkeiten bereitet haben, wird niemand bestreiten, der schon in der Vorläufigkeit in der gewerkschaftlichen Bewegung stand. Die Gewerkschaften haben ihr Bestes zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung darangesetzt, aber, obwohl der nominelle Lohn eine nicht unerhebliche Steigerung erfuhr, konnte er doch schon damals mit der Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts nicht Schritt halten. So mußte es kommen, daß sich in den Gewerkschaften aus der Erfahrung der täglichen Kämpfe eine ganz bestimmt heimzubildende und die Gewerkschaften von dem Erfolg der Syndikate und Kartelle auf die Arbeitsbedingungen immer mehr bestreite. Auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband beschäftigte sich auf seiner Breslauer Generalversammlung im Jahre 1913 mit dieser Frage und kein Sprecher als der Berichterstatter Kossatzky vom Verbandsvorstand war es, der darauf hinsah, daß es in den Kartellierten Industrien unter Umständen selbst durch eine sehr gute Organisation nicht möglich sei, auf die Wege des Streiks etwas zu erreichen". Die Unternehmer verstanden es eben, durch die Kontrollierung der Produktion und durch das faste Solidarische Zusammenholten einen Wall gegen die Gewerkschaften zu schaffen. Beide Organisationen standen sich stark gegenüber. Und da die Unternehmer nicht zögerten, jeden Einzelkämpfer der Gewerkschaften mit einem Gegenangriff einer breiteren Front mit opaen kraft ausgedehnten Aussperrungen zu konfrontieren, waren die Arbeiter immer nicht geneigt, ihm Lust nach der Gegenwehr einzuspielen.

Es soll nun wahrscheinlich nicht unsere Aufgabe sein, auch noch

über den Begriff "Aktion" einen Streit zu entfachen, doch eine Parallele

zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart mag zeigen, daß auch die Gewerkschaften in für sie ungünstigen Situationen im Sinne des proletarischen Klassenkampfes tätig sein können, wenn sie sich nur darauf einstellen und nicht Illusionen nachjagen, die in Arbeitervorstellungen entstanden sind.

Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Gewerkschaften sich

in ihrem Wirken jetzt enthalten kannten als vorher, war es ihnen bei beschiedenen Mitteln und bei noch verhältnismäßig schwächer Klassenkampf vergönnt, in ihren Kämpfen gegen das noch unorganisierte Unternehmertum ganz ansehnliche Erfolge zu erzielen. Über das ging nun zu einer bestimmten Zeit Garboldi erkannte auch das Unternehmertum, daß es noch Mittel hatte, um sich das Ansehen der Gewerkschaften zu entziehen. Die Kartelle, Syndikate oder wie sonst die Unternehmerverbände heißen, wurden gegründet mit dem Zweck, die Profitrate des Unternehmers zu begrenzen oder doch wenigstens auf der Höhe zu halten. Anderswo waren aber auch sehr an der Rücksichthaltung der Arbeiter gelegen. Und doch die Unternehmer mit ihren Organisationen der gewerkschaftlichen Bürgemeinde sehr große Schwierigkeiten bereitet haben, wird niemand bestreiten, der schon in der Vorläufigkeit in der gewerkschaftlichen Bewegung stand. Die Gewerkschaften haben ihr Bestes zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung darangesetzt, aber, obwohl der nominelle Lohn eine nicht unerhebliche Steigerung erfuhr, konnte er doch schon damals mit der Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts nicht Schritt halten. So mußte es kommen, daß sich in den Gewerkschaften aus der Erfahrung der täglichen Kämpfe eine ganz bestimmt heimzubildende und die Gewerkschaften von dem Erfolg der Syndikate und Kartelle auf die Arbeitsbedingungen immer mehr bestreite. Auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband beschäftigte sich auf seiner Breslauer Generalversammlung im Jahre 1913 mit dieser Frage und kein Sprecher als der Berichterstatter Kossatzky vom Verbandsvorstand war es, der darauf hinsah, daß es in den Kartellierten Industrien unter Umständen selbst durch eine sehr gute Organisation nicht möglich sei, auf die Wege des Streiks etwas zu erreichen". Die Unternehmer verstanden es eben, durch die Kontrollierung der Produktion und durch das faste Solidarische Zusammenholten einen Wall gegen die Gewerkschaften zu schaffen. Beide Organisationen standen sich stark gegenüber. Und da die Unternehmer nicht zögerten, jeden Einzelkämpfer der Gewerkschaften mit einem Gegenangriff einer breiteren Front mit opaen kraft ausgedehnten Aussperrungen zu konfrontieren, waren die Arbeiter immer nicht geneigt, ihm Lust nach der Gegenwehr einzuspielen.

Es soll nun wahrscheinlich nicht unsere Aufgabe sein, auch noch

über den Begriff "Aktion" einen Streit zu entfachen, doch eine Parallele

zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart mag zeigen, daß auch die Gewerkschaften in für sie ungünstigen Situationen im Sinne des proletarischen Klassenkampfes tätig sein können, wenn sie sich nur darauf einstellen und nicht Illusionen nachjagen, die in Arbeitervorstellungen entstanden sind.

Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Gewerkschaften sich

in ihrem Wirken jetzt enthalten kannten als vorher, war es ihnen bei beschiedenen Mitteln und bei noch verhältnismäßig schwächer Klassenkampf vergönnt, in ihren Kämpfen gegen das noch unorganisierte Unternehmertum ganz ansehnliche Erfolge zu erzielen. Über das ging nun zu einer bestimmten Zeit Garboldi erkannte auch das Unternehmertum, daß es noch Mittel hatte, um sich das Ansehen der Gewerkschaften zu entziehen. Die Kartelle, Syndikate oder wie sonst die Unternehmerverbände heißen, wurden gegründet mit dem Zweck, die Profitrate des Unternehmers zu begrenzen oder doch wenigstens auf der Höhe zu halten. Anderswo waren aber auch sehr an der Rücksichthaltung der Arbeiter gelegen. Und doch die Unternehmer mit ihren Organisationen der gewerkschaftlichen Bürgemeinde sehr große Schwierigkeiten bereitet haben, wird niemand bestreiten, der schon in der Vorläufigkeit in der gewerkschaftlichen Bewegung stand. Die Gewerkschaften haben ihr Bestes zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung darangesetzt, aber, obwohl der nominelle Lohn eine nicht unerhebliche Steigerung erfuhr, konnte er doch schon damals mit der Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts nicht Schritt halten. So mußte es kommen, daß sich in den Gewerkschaften aus der Erfahrung der täglichen Kämpfe eine ganz bestimmt heimzubildende und die Gewerkschaften von dem Erfolg der Syndikate und Kartelle auf die Arbeitsbedingungen immer mehr bestreite. Auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband beschäftigte sich auf seiner Breslauer Generalversammlung im Jahre 1913 mit dieser Frage und kein Sprecher als der Berichterstatter Kossatzky vom Verbandsvorstand war es, der darauf hinsah, daß es in den Kartellierten Industrien unter Umständen selbst durch eine sehr gute Organisation nicht möglich sei, auf die Wege des Streiks etwas zu erreichen". Die Unternehmer verstanden es eben, durch die Kontrollierung der Produktion und durch das faste Solidarische Zusammenholten einen Wall gegen die Gewerkschaften zu schaffen. Beide Organisationen standen sich stark gegenüber. Und da die Unternehmer nicht zögerten, jeden Einzelkämpfer der Gewerkschaften mit einem Gegenangriff einer breiteren Front mit opaen kraft ausgedehnten Aussperrungen zu konfrontieren, waren die Arbeiter immer nicht geneigt, ihm Lust nach der Gegenwehr einzuspielen.

Es soll nun wahrscheinlich nicht unsere Aufgabe sein, auch noch

über den Begriff "Aktion" einen Streit zu entfachen, doch eine Parallele

zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart mag zeigen, daß auch die Gewerkschaften in für sie ungünstigen Situationen im Sinne des proletarischen Klassenkampfes tätig sein können, wenn sie sich nur darauf einstellen und nicht Illusionen nachjagen, die in Arbeitervorstellungen entstanden sind.

Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Gewerkschaften sich

in ihrem Wirken jetzt enthalten kannten als vorher, war es ihnen bei beschiedenen Mitteln und bei noch verhältnismäßig schwächer Klassenkampf vergönnt, in ihren Kämpfen gegen das noch unorganisierte Unternehmertum ganz ansehnliche Erfolge zu erzielen. Über das ging nun zu einer bestimmten Zeit Garboldi erkannte auch das Unternehmertum, daß es noch Mittel hatte, um sich das Ansehen der Gewerkschaften zu entziehen. Die Kartelle, Syndikate oder wie sonst die Unternehmerverbände heißen, wurden gegründet mit dem Zweck, die Profitrate des Unternehmers zu begrenzen oder doch wenigstens auf der Höhe zu halten. Anderswo waren aber auch sehr an der Rücksichthaltung der Arbeiter gelegen. Und doch die Unternehmer mit ihren Organisationen der gewerkschaftlichen Bürgemeinde sehr große Schwierigkeiten bereitet haben, wird niemand bestreiten, der schon in der Vorläufigkeit in der gewerkschaftlichen Bewegung stand. Die Gewerkschaften haben ihr Bestes zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung darangesetzt, aber, obwohl der nominelle Lohn eine nicht unerhebliche Steigerung erfuhr, konnte er doch schon damals mit der Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts nicht Schritt halten. So mußte es kommen, daß sich in den Gewerkschaften aus der Erfahrung der täglichen Kämpfe eine ganz bestimmt heimzubildende und die Gewerkschaften von dem Erfolg der Syndikate und Kartelle auf die Arbeitsbedingungen immer mehr bestreite. Auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband beschäftigte sich auf seiner Breslauer Generalversammlung im Jahre 1913 mit dieser Frage und kein Sprecher als der Berichterstatter Kossatzky vom Verbandsvorstand war es, der darauf hinsah, daß es in den Kartellierten Industrien unter Umständen selbst durch eine sehr gute Organisation nicht möglich sei, auf die Wege des Streiks etwas zu erreichen". Die Unternehmer verstanden es eben, durch die Kontrollierung der Produktion und durch das faste Solidarische Zusammenholten einen Wall gegen die Gewerkschaften zu schaffen. Beide Organisationen standen sich stark gegenüber. Und da die Unternehmer nicht zögerten, jeden Einzelkämpfer der Gewerkschaften mit einem Gegenangriff einer breiteren Front mit opaen kraft ausgedehnten Aussperrungen zu konfrontieren, waren die Arbeiter immer nicht geneigt, ihm Lust nach der Gegenwehr einzuspielen.

Es soll nun wahrscheinlich nicht unsere Aufgabe sein, auch noch

über den Begriff "Aktion" einen Streit zu entfachen, doch eine Parallele

zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart mag zeigen, daß auch die Gewerkschaften in für sie ungünstigen Situationen im Sinne des proletarischen Klassenkampfes tätig sein können, wenn sie sich nur darauf einstellen und nicht Illusionen nachjagen, die in Arbeitervorstellungen entstanden sind.

Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Gewerkschaften sich

in ihrem Wirken jetzt enthalten kannten als vorher, war es ihnen bei beschiedenen Mitteln und bei noch verhältnismäßig schwächer Klassenkampf vergönnt, in ihren Kämpfen gegen das noch unorganisierte Unternehmertum ganz ansehnliche Erfolge zu erzielen. Über das ging nun zu einer bestimmten Zeit Garboldi erkannte auch das Unter

handlung, an der ein Abgesandter der Stinnesgruppe teilnahm. Die geforderte Löhnerhöhung, die nur die Angleichung an die übrige Schwerindustrie beugte, wurde glatt abgelehnt, dafür eine Erhöhung des Lohnesinkommens in Aussicht gestellt, wenn die Arbeiter 10 Stunden täglich arbeiten wollen. Man sieht, daß der Vorschlag weder besonders intelligent noch neu, aber sehr kapitalistisch ist. Die Arbeiter haben sich zur Wehr gesetzt. Der Kampf ist noch nicht entschieden, trotzdem die Alpine nur die Maßbezüge geregelt hat und für Juni — wenn die Frage der Arbeitszeit bis dahin nicht geregelt sein sollte — nur die weit niedrigeren (um 9 St. die Stunde) Löhne vom April in Kraft treten zu lassen droht. Die Forderung wird damit begründet, daß der Achtstundentag — an dem, wie von der Alpine behauptet wurde, Herr Stinnes nicht rütteln will — eine Drittteilung des Tages, also drei Schichten Arbeiter erfordert, die jedoch wegen Wohnungsmangel nicht untergebracht werden könnten. Bis zur Herstellung der Wohnungen — das ist etwa für ein Jahr — soll die längere Arbeitszeit in Geltung bleiben. Natürlich haben die Arbeiter das Anstreben abgelehnt; die Alpine hat unseren Verband und die Gewerkschaftskommission, hat auch die Regierung angerufen. Denn sie will — wieder aufzubauen und die Arbeiter sollen zur höheren Ehre Stinnes' und zu seinem Profit die notwendigen Opfer bringen. So rektet man Österreich.

Da diese eine Methode nicht recht praktikabel ist, hat man noch eine zweite in Vorschlag gebracht; sie heißt Schuhzoll. Allen Ernstes fragt man dies als eine Rettungsmethode für Österreich zu bezeichnen, wiewohl man ganz klar weiß, daß es sich nur um Rettung des Profites handelt. Die österreichische Arbeiterschaft lehnt es ab, sich mit dem Schuhzoll für Eisen zu identifizieren; denn ihr ist es gleich, ob sie dies oder jenes Eisen verarbeitet, sie will arbeiten. Die freie Eisenfuhr könnte nur den Preis, also den Profit drücken, aber die Arbeitsgelegenheit nicht mindern. Und da muß man schon eingemachtes darüber staunen, daß Herr Stinnes zu solchen Schritten seine Zustimmung gegeben hat. Doch nein, man muß nicht staunen. Der Ketterer hat Österreich erobert und er will sich seiner Eroberung allein freuen. Er braucht keine Konkurrenz aus Deutschland. Den Profit will er allein haben. Alles werden im Range gewichtige Stimmen gegen den Schuhzoll laut und die Regierung hat eine besondere Enquête veranstaltet, um in der Sache zu einem richtigen Entschluß zu kommen. Der „Freund von Distinktion“ will aber für seine Rettung die erwartete Provision in Form von Sicherung hoher Profite.

Die Arbeiterschaft ist auf schärfste geheime Kämpfe gesetzt; gestützt auf den starken Verbund, entsprechend gewerkschaftlich gefestigt, sieht sie ihnen ruhig entgegen. Ohne oder gar gegen die Arbeiterschaft wird Herr Stinnes immer nur — der Großerker bleibt, den man durchschaut und hält.

Produktionskontrolle

In Nr. 7 der Metallarbeiter-Zeitung vom 26. Februar 1921 beschäftigte sich der Kollege F. Brüntl, Gelsenkirchen, in einem Artikel mit der Produktionskontrolle. Wenn ich dazu Stellung nehme, so nicht aus dem Grunde, daß ich nicht mit seiner Auffassung der Dinge einverstanden wäre, sondern das von ihm angeführte Beispiel und die aufgeworfenen Fragen, wie kommen wir aus der Theorie heraus? Wo fangen wir an? bedingen es ohne weiteres, zu untersuchen, warum wir bisher nicht aus der Theorie herausgekommen sind und wo wir anfangen müssen.

Um auch an einem Beispiel zu zeigen, wie leicht die Produktionskontrolle durchzuführen ist, möchte ich, wie der Kollege Brüntl, in Hüttenwerk anführen. Daraus wird sich dann ohne weiteres zeigen, wo wir anfangen müssen. Gehen wir also den Werdegang der Produktion durch in einem Hüttenwerk und fangen bei dem Eingang der Rohprodukte an:

Kohlen, Erz, Röts, ganz gleich, ob es per Bahn oder Schiff kommt, wird am Hochofen in Tonnen verlastet. In den Lagerplätzen wird auf Tafeln vermerkt, wieviel Tonnen dort liegen, ebenso wird über und Zugang notiert. Auf der Gießerei am Hochofen wird wiederum aufgeschrieben, wieviel Ladungen der Ofen erhalten hat. Am Abgang des Hochofens wird die Zeit des Abstichs, und wieviel Tonnen fülligen Eisens in der Pfanne zum Thomas- oder Martinshütten gejandt wurde, notiert. Wird der Abstich ins Bett gelassen, so vermerkt man auf der Tafel, wieviel Tonnen Massen (Rohreisen) der Abstich gebracht hat. Im Thomas- oder Martinshütten wird ebenfalls vermerkt, wann die Charge in den Ofen oder Konverter eingesetzt wurde. Wird die Charge gegossen, so wird wiederum in der Grube die Anzahl der Tafeln und Tonnen verzeichnet. Sind die Tafeln somit erfasst, so daß Eisen im Block transportfähig ist, geht es zum Blockwalzwerk. Hier wird der Eingang im Walzwerk, sowie das Einsetzen in den Eisenofen genau aufgeschrieben. Auch an der Blockstraße wird die Block- und Tonnenzahl, die genutzt wurde, sennlich genannt. Ebenso in der Blockstraße wird die genaue Tonnenzahl, welche an die einzelnen Fertigstraßen und Blocklager abgeführt wurde, verzeichnet. In der Fertigstraße wird für jede Walzenstraße wiederum an der Schere oder Säge genau die Tonnenzahl des Fertigabfahrtblocks aufgeschrieben. Ebenso werden Bruchstücke, wie Abfall (Schrott) genau nach Gewicht auf den Tafeln vermerkt. In den Abfahrtsgängen und auf den Lagerplätzen (Magazinen) der Fertigabfahrt sind Tafeln, die die genaue Tonnenzahl des lagernden Eisens sowie Ein- und Ausgang angeben.

Nach vorstehendem wird mancher mit mir die Auffassung vertreten, daß es leicht ist, die Produktionskontrolle im Hüttenwerk auszuführen. Aber nun kommt das „Wie?“. Das ist leicht, will mancher sagen. Man braucht nur auf jeder Schicht in jedem Betrieb die Produktion von den Tafeln abzuschreiben zu lassen und am Wochenende Monatsabschluß zusammenzurechnen, dann weiß man, was produziert wurde. Stimmen wir diesem zu. Jetzt gilt aber die Frage, ob soll die Produktion von den Tafeln abzuschreiben? Die Betriebsräte, würde von den meisten prompt die Antwort erscheinen. Ich sage hier nein, und warum? Die Betriebsräte können diese Arbeit nicht kündigen, sondern nur die Zusammensetzung machen. Sie können aus dem Grunde nicht, weil in der Hüttenindustrie in drei Schichten gearbeitet wird. Auch haben wir nicht soviel Betriebsräte, daß auf jeder Schicht und in jeder Produktionsperiode einer sein kann. Sie müssen uns also nach Mitarbeitern umsehen. Hier kommen wir zu der Frage, die Kollege Brüntl aufgeworfen hat: Wo anfangen? Bei den Rechtsaußenleuten müssen wir anfangen, denn hier liegt der Schlüssel, um das Problem der Produktionskontrolle zu lösen. Wir müssen das Rechtsaußenmännersthem ausbauen und die Schulung der Leute vornehmen. Es muß alles darangesetzt werden, daß wir benötigend zunächst in jedem Betrieb einen Rechtsaußenmann bekommen, der für seine Sicht die Produktion abschreibt und sie am Wochenende dem Betriebsrat mitteilt.

Die Lösung heißt also Schulung und nochmals Schulung der Rechtsaußenleute wie der gesamten Mitgliedschaft. Man würde nun vielleicht einwenden, wenn ich einschreibe, daß die Schulung der Kollegen so notwendig ist, warum habe ich in den letzten zwei Jahren dieses noch nicht in Angriff genommen? Zu diesem Vorwurf, der bestimmt kommt, möchte ich folgendes entgegnen:

Die Kollegen, die nach dem militärischen Zusammenbruch im Jahre 1918 zu uns gekommen sind, taten es nur der Not gehorrend und nicht aus Überzeugung. Dieser Not gehorrend mügten aber wiederum die Organisationsdirektoren ihre ganze Arbeitstracht einlegen, um die Not, die die Massen zu uns geführt hatte, einzutragen zu können. Wer also die Verhältnisse in den letzten zwei Jahren kennt, muß ohne weiteres angeben, daß die Schulung der gewonnenen Mitglieder leider nicht durchgeführt werden konnte, wie es notwendig war. Sie ist aber nicht nur allein darunter, daß die Betriebsräte nicht über ihre Zeit verfügen und disponieren konnten, sondern auch die so bedauerliche politische Spaltung wirkte derart auf manche Mitgliederversammlungen, daß man selten über den Punkt Verbandsangelegenheiten hinaus kam, so sehr stießen hier schon die Parteianschauungen aufeinander. Doch man dabei selten oder gar nie zur praktischen Gewerkschaftarbeit kam, wird jeder einsehen.

Wollen wir vielleicht aus der Theorie heraus, so müssen wir mit der Schulung anfangen. Allen denjenigen, die gewillt sind, in diesem Jahre mitzuwirken, rufe ich zu: „Geht mit, die Parteipolitik aus den Arbeitsgemeinschaften betreten zu müssen.“

Gewerkschaften auszuschalten, sorgen wir dafür, daß wir die Mitglieder erziehen und sie mit dem Sozialismus vertraut machen, damit wir wieder sagen können, die Gewerkschaften sind das Befreiungsgebiet für den Sozialismus. Dies ist der Weg, den wir beschreiten müssen, wenn wir in der Frage der Betriebsräte, wie auch der Produktionskontrolle aus der Theorie heraus wollen. Schaffen wir den Betriebsräten die notwendigen Mitarbeiter, denn sie allein werden es nicht schaffen können. Hieraus ergibt sich aber auch wiederum für die Betriebsräte, daß sie ihre Aufgabe nur erfüllen können in enger Uniebung an die gewerkschaftlichen Organisationen.

August Meyer, Duisburg.

Die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

Für die Berichtswoche vom 10. bis 17. Juli sind von 710 Verwaltungen mit insgesamt 26532 Betrieben und 1968285 Arbeitern Meldungen eingegangen. Das Ergebnis der Erhebung ist folgendes:

	Berichtswoche		Vorwoche	
	Betriebe absolut	Arbeiter absolut %	Betriebe absolut	Arbeiter absolut %
Vollbeschäftigt	24891	91,9	1758877	89,4
Stillgelegt	280	1,1	7020	0,4
Kurzarbeit	1861	7,0	200888	10,2
			2074	7,8
			208568	10,8

Diese Woche ist ein weiterer Rückgang der Kurzarbeitbetriebe und -arbeiter zu beobachten. Dementsprechend stieg die Zahl der Vollbeschäftigte.

Die Gesamtzahl der erschienen Arbeiter und die Arbeitslage in der Berichtswoche in den einzelnen Bezirken geht aus folgender Auflistung hervor:

Bezirk	Betriebe	Arbeiter absolut	Gesamtzahl der Arbeiter	Vollbeschäftigt		Stillgelegt		Kurzarbeit	
				Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
Abnigberg	29	260	16170	257	15924	—	—	9	246
Stettin	38	788	42758	714	40886	7	804	17	1298
Breslau	55	1102	144932	1049	136187	4	805	49	3430
Brandenburg	47	942	47418	579	42511	5	149	58	4758
Dresden	62	1459	188410	1219	160675	18	429	227	22806
Erlurt	56	1579	72189	1458	64689	21	595	105	6905
Hannover	48	695	61142	608	58253	4	69	23	2820
Halle	43	512	92140	415	75680	1	120	68	1934
Hamburg	58	4809	144184	4788	141128	5	870	16	2186
Wiesbaden	14	278	66968	274	55446	1	40	8	210
Essen	15	73	328378	767	815174	—	—	18	8202
Hagen	28	3341	162288	5244	128700	31	999	568	92588
Köln	18	822	118255	569	109191	4	216	49	8816
Frankfurt/M.	61	1492	180197	1807	174129	88	993	152	14082
Stuttgart	71	2283	211446	1964	167749	6	194	815	43509
Märkberg	63	3488	118654	3154	92082	149	1400	191	25171
Zusammen	710	26532	1968285	24891	1758877	280	7020	1861	208568

Vorwoche 709 26530 1964387 24187 1748741 289 7081 2074 208568

* Die Zahl der beobachteten Orte ist ganz erheblich größer als die Angaben in dieser Spalte. Der Wirkungsbereich sehr vieler Verwaltungen erstreckt sich auf mehrere Orte, ein Teil der Verwaltungen erstreckt ganze Industriegebiete. Eine Zählung der beobachteten Orte erfolgt nicht.

Die Abnahme der Kurzarbeitbetriebe und -arbeiter entfällt hauptsächlich auf die Bezirke Dresden, Essen und Stuttgart, im leichteren Bezirk melbt die Verwaltungsstelle Pforzheim einen ganz erheblichen Rückgang ihrer Kurzarbeiterziffer von 270 Betrieben mit 8700 Kurzarbeitern auf 94 Betriebe mit 8700 Kurzarbeitern. Die übrigen Bezirke haben durchweg nur ganz geringe Abweichungen der Vorwoche gegenüber zu verzeichnen.

Die Feststellungen über die Dauer der Kurzarbeit ergeben folgendes Resultat. Es arbeiteten

Stunden	in der Berichtswoche		in der Vorwoche	
	Betriebe absolut	Arbeiter absolut %	Betriebe absolut	Arbeiter absolut %
42 bis 45	168	7,0	25304	12,8
86 - 41	478	25,4	81879	40,8
82 - 85	508	27,8	37171	18,5
24 - 31	618	35,2	48199	23,0
unter 24	94	5,1	10841	5,1
			125	6,0
			11537	5,5

Von den geschätzten 1534988 Verbandsmitgliedern waren 44918 arbeitslos, 114699 Kurzarbeiter. Davon in Berlin arbeitslos 15955, Kurzarbeiter 8081. Es ist in der Berichtswoche in der Zahl der verkürzt arbeitenden Mitglieder ein weiterer wesentlicher Rückgang eingetreten. Die vom Verband für Arbeitslose in der Berichtswoche ausgegebene Unterstützungssumme betrug 879118.

Von den Gewerkschaften Deutsch-Oesterreichs

Von B. Nudner

Das Publikationsorgan der Gewerkschaftskommission Deutsch-Oesterreichs „Die Gewerkschaft“ veröffentlicht in Nummer 12 den Tätigkeitsbericht der Gewerkschaftskommission für das Jahr 1920, der von ehriger und emsigster Organisationsarbeit berichtet.

Die wirtschaftliche Gestaltung des Landes und die Lage seiner Bewohner drückten der geleisteten Arbeit den Stempel auf und drängten sie in eine bestimmte Richtung. Im vergangenen Jahr hat sich das Betriebsrätegebot

